

# Zurück an die Spitze - zur Bundestagswahl 2002

*Beschluss des 32. NRW-Tages  
der Jungen Union  
vom 4. Mai 2002*



# Zurück an die Spitze!

–

## zur Bundestagswahl 2002

Deutschland braucht den Regierungswechsel!

“Es wird nicht alles anders, aber vieles besser“, lautete der SPD-Slogan zur Bundestagswahl 1998. In dem Bemühen, Deutschland einen rot-grünen Stempel aufzudrücken, wurden in allen möglichen Bereichen Themen mit großen Worten über die ‘Auflösung des Reformstaus’ angerissen. Doch die rot-grünen ‘Lösungen’ haben unser Land zurückgeworfen.

Dank dieser Regierungspolitik zeigt sich heute ein verheerendes Bild in Deutschland. Das Wirtschaftswachstum ist das niedrigste in Europa, die Arbeitslosigkeit liegt auf Rekordhöhe, der europäische Stabilitätspakt ist beschädigt, die deutsche Forschungs-, Entwicklungs- und Außenpolitik gleicht einem Scherbenhaufen, das Gesundheitswesen wurde aus dem Gleichgewicht gebracht, die Öko-Steuer belastet insbesondere die kleinen Leute sowie mittelständische Unternehmen. Gleichzeitig wird die Idee einer Ökologisierung des Steuersystems diskreditiert. Der Ausstieg aus der Atomenergie wird trotz daraus resultierender CO<sub>2</sub>-Emissionssteigerung als umweltpolitische Großtat gefeiert, während das viel wichtigere Ziel des Klimaschutzes auf der Strecke bleibt. Die Bundeswehr ist massiv unterfinanziert und kann ihre neuen Aufgaben kaum erfüllen.

Neben den schlechten inhaltlichen Leistungen geben die Verantwortlichen ein ebenso schauriges Bild ab: die moralische Integrität der Regierungsmitglieder steht in Frage – fast kein Minister ohne Skandal. Da Schröder allerdings schon sechs Ressort-Chefs entlassen musste, fehlt die Kraft für weitere notwendige Rücktritte. Im Sinne unseres Gemeinwohls hätten Scharping, Trittin, Schily und Riester schon lange nach Hause geschickt werden müssen.

Die beispiellosen Fehlleistungen dieser Regierung werden gekrönt durch die unverblühte Annäherung von Rot-Grün hin zur PDS. Aus der angekündigten sogenannten ‘Neuen Mitte’ ist lediglich ‘schöner Schein’ geworden. Schröder und Genossen wollen die Kommunisten Schritt für Schritt hoffähig machen. Jede sachliche Kritik wird als gesellschaftlicher Rückschritt und reaktionäres oder gar rechtsextremes Gedankengut diskreditiert.

Die verfassungsrechtlich fragwürdige Art, in der die Ablehnung des Zuwanderungsgesetzes im Bundesrat in eine Zustimmung umgedeutet wurde, zeigt einmal mehr, wie Schröder bedenkenlos die Verfassung seinen Partei- und Machtinteressen unterordnet.

Bei allen politischen Streitereien bleiben die notwendigen Reformen in Deutschland liegen. Erforderlich wäre beispielsweise eine vereinfachende, sozial gerechte und wirklich entlastende Steuerreform. Auch vermag die Regierung weder eine Antwort auf die schwierige Lage der Gesundheitspolitik zu geben, noch die zwingend notwendige Deregulierung des Arbeitsmarktes auf den Weg zu bringen. Wenn dem Kanzler das Wasser zum Halse steht, ist die nächste populistische Entscheidung bereits vorprogrammiert. Holzmann und Greencard sind Beispiele dafür.

Dem setzt die Union mit ihrem Kandidaten Edmund Stoiber eine verlässliche und erfolgreiche Politik entgegen. Verlässlichkeit muss wieder in die deutsche Politik einziehen! Für eine Entlastung von Mittelstand sowie Bürgerinnen und Bürgern, für transparente Verfahren im politischen Geschäft, für integre Persönlichkeiten statt Beliebigkeiten.

Dafür will die Junge Union Nordrhein-Westfalen kämpfen. So beispielsweise in den folgenden Themengebieten:

## **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**

Über 4 Millionen Arbeitslose, eine immens hohe Jugendarbeitslosigkeit, eine wachsende Schwarzarbeit, Deutschland Schlusslicht Europas. Das ist das Resultat von vier Jahren rot-grüner Regierung in Deutschland. 1998 waren 3,9 Millionen Menschen ohne Job. Obwohl die demographische Entwicklung die Arbeitslosenzahlen reduzierte, statistische Tricks die Zahlen nochmals senkten hat sich die Zahl bis heute nochmals um gut 13% erhöht. Schuld daran sind u. a. der Unwille der Bundesregierung zu tiefgreifenden Reformen des überregulierten Beschäftigungsmarktes und die durch rot-grün verursachte Fehlentwicklung auf dem Sektor der geringfügigen Beschäftigung. So treiben die Änderungen des 325-€-Gesetzes die Menschen in die Schwarzarbeit. Zudem rollt eine Pleitewelle nie da gewesenen Ausmaßes über Deutschland. Derweil bekommt der Arbeitsminister sein Haus nicht in den Griff, der Wirtschaftsminister kümmert sich um seine Karriere nach dem Ministeramt. Der Bundeskanzler hat eben 'ruhige Hand' verordnet. Arbeitsmarktpolitische Kleinmaßnahmen wie Greencard und Mainzer Modell haben nichts gebracht oder sind konzeptionell schon zum Scheitern verurteilt. Dringende Abhilfe ist erforderlich. Deshalb fordert die Junge Union NRW:

1. Steuerentlastungen für die mittelständische Wirtschaft, radikale Vereinfachung des Steuersystems (Kirchhoff- bzw. Uldall-Modell).
2. Das Drei-Säulen-Modell zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit!
  - a) Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung,
  - b) Mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme,
  - c) Mehr Stellen im Niedriglohnsektor
3. Förderung von Selbstständigkeit durch Bereitstellung von Wagniskapital und Unterstützung von Teilhabermodellen.
4. Abbau von Lehrstellenhemmnissen durch die Förderung von Ausbildungsbetrieben, die kontinuierliche Anpassung der Ausbildungsreglementierung an die aktuellen Gegebenheiten, praxisnahe Ausbildung, die Reduzierung von Ausbildungsmaßnahmen auf ein koordiniertes gemeinsames Angebot von Arbeits- und Sozialämtern.
5. Die Förderung von jungen Menschen beim Schritt in die berufliche Selbstständigkeit; Förderung der Ausbildung und Weiterbildung.
6. Zusammenfassung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.
7. Die Qualifizierung von Arbeitnehmern vor Ort ist zu stärken. Sie hat Vorrang vor der Förderung der Einwanderung von Fachkräften.
8. Unternehmensgründungen müssen einfacher und ohne bürokratischen "Hürdenlauf" gestaltet werden können. Durch den Abbau der Bürokratie können erhebliche Wirkungen erzielt werden:
  - a) in der Verwaltung können hohe Personalkosten eingespart werden
  - b) deutsche Unternehmen werden wettbewerbsfähiger
  - c) durch mehr Unternehmensgründungen können höhere Steuereinnahmen erzielt werden, außerdem wird die Arbeitslosigkeit abgebaut.
9. Überführung des Arbeitsministeriums in das Wirtschaftsministerium (s. Sachsen)"
10. Die Staatsquote muss drastisch gesenkt werden, hierzu sind Subventionen abzubauen, da mit diesen *oftmals* rückwärtsgewandte Technologien bezuschusst werden und den in diesen Bereichen arbeitenden Menschen falsche Perspektiven gegeben werden.

## Bildung

Die PISA-Studie hat auf erschreckende Weise deutlich gemacht, in welchem katastrophalen Zustand sich das deutsche Bildungssystem befindet. Obwohl Bildung größtenteils Ländersache ist, kann auch der bundespolitische Beitrag der letzten Jahre nicht zufrieden stellen. Während die Bundesbildungsministerin selbst eine Unterfinanzierung ihres Bildungsetats in Höhe von 750 Millionen € ausmacht, hat ihr das Kabinett lediglich 300 Millionen € zugestanden. So kann man den Anforderungen, insbesondere im Hochschulbereich, nicht gerecht werden. Von der bei Amtsantritt zugesagten Mittelverdoppelung für die Forschung kann keine Rede sein. Neben diesen finanziellen Punkten konnten aber auch inhaltlich keine Fortschritte gemacht werden. Der Versuch, mit der Dienstrechtsreform besonders qualifizierte Professoren an den Standort Deutschland zu binden, ist gescheitert. Wegen besserer und leistungsgerechterer Bezahlung sind viele hervorragende Universitätslehrer, vor allem Nachwuchskräfte, in die USA und nach Großbritannien abgewandert. Zur Beendigung dieser Misere fordert die Junge Union NRW:

1. Eine bessere Ausstattung der Einrichtungen für die Hochschullandschaft, eine Verbesserung von Lehre und Wissenschaft sowie ausreichende personelle Ressourcen für Grund- und Hauptstudien, die eine möglichst optimale Betreuung der Studenten zulassen.
2. Die Mittelverteilung an die Hochschulen hat stärker als bisher nach leistungs- und belastungsbezogenen Kriterien zu erfolgen. Die Forschungsmittel sind zu erhöhen. Eigene Einnahmen müssen den Hochschulen in vollem Umfang zur autonomen Verwendung verbleiben. Die Hochschulen müssen ihre Budgets durch Patentvermarktungen und Technologietransfers verbessern können.
3. Die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) ist in eine reine Koordinierungsstelle umzuwandeln. Die Hochschulen dürfen sich ihre Studenten selbst aussuchen.
4. Das BAföG muss wieder den Lebensunterhalt der finanziell bedürftigen Studenten während der Regelstudienzeit decken.
5. Einführung von Studiengebühren bei Überschreitung der Regelstudienzeit unter Berücksichtigung einer Karenzzeit von vier Semestern.

## Innenpolitik

Innere Sicherheit und Verwaltung gehören zu den Haupttätigkeitsfeldern der Innenpolitik. Im Bereich der Inneren Sicherheit ist die Sicherheitslage in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Dies führt insbesondere bei 'weniger sicheren' Ländern – zumeist rot-grün oder rot-rot regiert - zu Eigeninitiativen alarmierter Kommunen. Dabei werden diese Initiativen, die sich nach Jahren mehr als bewährt haben, immer noch nicht vom Bund finanziell unterstützt und sind teilweise der Willkür verschiedener übergeordneter Ebenen ausgesetzt. Eigeninitiativen sind vor allem: Kommunale Ordnungsdienste, Videoüberwachung besonders stark gefährdeter Plätze und Sicherheitspartnerschaften in Form von kriminalpräventiven Räten.

Im Bereich der Verwaltung hat sich bei vielen Bürgern der Eindruck verfestigt, dass es sich bei den Behörden um unflexible und 'vermuffte' Einrichtungen handelt. Dabei hat es die rot-grüne Bundesregierung verpasst, durch eine Reform des Beamtenrechtes die Behörden bürgerfreundlicher zu machen. Auch ist der Zugang zu Behörden noch geprägt von mittlerweile veraltetem Obrigkeitsverständnis.

Daher fordert die Junge Union NRW:

1. Da sich im kommunalen Bereich die Innere Sicherheit am effektivsten verbessern lässt, ist den Kommunen 1 % des Sicherheitshaushaltes zweckgebunden zur Verfügung zu stellen.

2. Das Beamtenrecht ist zu reformieren, so dass heute übliche Mittel der Personalführung auch in den Behörden Einzug halten. Dazu gehören u.a. die flexible Ausschüttung von Bonifikationen wie auch die Möglichkeit zur außertariflichen Bezahlung. Außerdem sollten regelmäßige Personalführungs- und -förderungsgespräche verbindlich festgeschrieben und inhaltlich unterstützt werden.
3. Der Bund muss endlich die 24/7-Verwaltung vorantreiben. Dazu gehört ein eGovernment-Portal, bei dem die Bürger lebenslagenorientiert auf alle Verwaltungsdienstleistungen via Internet zugreifen können. Wichtig ist die Integration der Ansprechpartner in den verschiedenen Behörden auf verschiedenen Ebenen auf einer Web-Site. Weiterhin sind wieder Gelder für die Erarbeitung von Standards für eGovernment auf kommunaler Ebene bereitzustellen.

## Familienpolitik

Ehe und Familie sind die zentralen Fundamente unserer Gesellschaft. Die heutigen Rahmenbedingungen werden der aktuellen Situation jedoch nicht mehr gerecht, da sich die Lebensvorstellungen und -bedingungen in den letzten Jahren wesentlich verändert haben. Kinder werden immer noch als ein Armutsrisiko betrachtet (rund eine Million Kinder in Deutschland haben Anspruch auf Sozialhilfe). Da Kinder in der Regel kein eigenes Einkommen erzielen, sinkt das Pro-Kopf-Einkommen einer Familie natürlich mit zunehmender Kinderzahl. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Es ist ein untragbarer Zustand, dass sich junge Paare wegen der finanziellen Folgen gegen Kinder entscheiden. Die leichte Erhöhung des Kindergeldes, (die aber durch die gleichzeitig eingeführte Ökosteuern wieder „aufgefressen“ wurde), war *vielleicht* gut gemeint, auf jeden Fall aber schlecht gemacht und somit auch nur ein Teil Schröderscher Schaufensterpolitik. Noch immer ist es so, dass Karriere und Kinder schwer vereinbar sind. Soll eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft Realität werden, so ist ein Umdenken in der Familienpolitik unabdingbar und zwingend notwendig.

Deshalb fordert die Junge Union NRW:

1. Das bisherige Kindergeld und das Ehegattensplitting werden durch ein Familiengeld ersetzt, das die finanziellen Belastungen für Familien ausgleicht. Hierdurch werden mehrere Vorteile miteinander realisiert: rund 1 Mio. Kinder werden aus der Sozialhilfe geholt, das Existenzminimum von Kindern wird abgedeckt, Kinder werden gleich behandelt, das Familiengeld ist steuer- und abgabenfrei, es wird eine Unabhängigkeit von der Erwerbstätigkeit und der Einkommenshöhe der Eltern sichergestellt, finanzielle Benachteiligungen von Familien werden abgebaut und junge Familien werden deutlich besser gefördert. Konkret sollen pro Monat folgende Beträge zur Verfügung gestellt werden: während der ersten 3 Lebensjahre 600 €, im Alter von 3 bis 17 Jahren 300 €, im Alter von 18 bis 27 Jahren 150 €
2. Es müssen Strukturen verbessert werden, um familienfreundliche Arbeitsplätze zu schaffen, einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung sowie eines flächendeckenden Angebots an Ganztagschulen in allen Schulformen zu gewährleisten und die professionelle Hilfe im Haushalt wieder zu ermöglichen. Konkret fordert die JU NRW, dass bei der Neuplanung von Kindergärten und Kindertagesstätten geprüft wird, ob diese auch in erreichbarer Nähe zu den Arbeitsplätzen der Eltern errichtet werden können. Dies sollte in Kooperation der Kommunen mit den vor allem größeren Arbeitgebern der Gemeinden geschehen. Diese Aufgaben können die Kommunen nur bewältigen, wenn die ihnen vom Bund gerade in den letzten vier Jahren auferlegten Lasten reduziert werden.
3. Ziel der JU NRW bleibt aber, es einem Elternteil finanziell zu ermöglichen, die Erziehung selber, unabhängig von einem Beruf wahrzunehmen. Wir als Junge Union glauben, dass eine gute Erziehung hauptsächlich nur in der eigenen

Familie von Mutter und Vater geleistet werden kann. Alle anderen Träger wie Schulen, Kindergärten, u.ä. können und sollen nur begleitend tätig sein.

4. Auch im Schulbereich muss eine verlässliche Betreuung der Kinder/Jugendlichen gewährleistet werden.“

## **Kommunalpolitik**

Die Lage der Kommunen in NRW verschlechtert sich weiterhin. Die Kommunalfinanzen liegen am Boden. Nicht nur der drastische Rückgang der Gewerbesteuer, sondern auch Steuerreform und Kindergelderhöhung kosten die Kommunen Millionen Euro. Diese Mehrbelastungen führen zu erheblichen Problemen. So können die Kommunen meist nicht einmal mehr die notwendigen Investitionen (z.B. für den Straßenbau) leisten. Ein Investitionsstau entsteht und kann auch in absehbarer Zukunft nicht mehr aufgelöst werden. Viele öffentliche Einrichtungen (Z.B. Schulen und Theater) sind so dem Verfall immer mehr ausgesetzt. Die kommunalen Finanzen müssen reformiert werden. Die Junge Union NRW fordert daher:

1. Der Gesetzgeber hat die längst fällige Gemeindefinanzreform einzuleiten. Investitionen in die Kommunen sind Investitionen in die Zukunft. Bleiben diese aus, wird der unübersehbare Investitionsstau immer größer und die Kommunen verlieren ihre Handlungsfähigkeit. Damit ist die kommunale Selbstverwaltung gefährdet.
2. Der Bund darf den Kommunen keine zusätzlichen Aufgaben aufbürden, ohne gleichzeitig einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu gewähren. In mittelbarer Anwendung des Konnexitätsprinzips hat bei Ausführung von Gesetzen des Bundes durch die Kommunen eine den dadurch bedingten Ausgaben entsprechende Anpassung des den Kommunen zukommenden Anteils an der Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer zu erfolgen. Das Konnexitätsprinzip muss Verfassungsrang erhalten.
3. Der kommunale Verbleib an Steuereinnahmen muss steigen, um wenigstens die schon vorhandenen und zukünftig dringend notwendigen Aufgaben erfüllen zu können.
4. Die Höhe der Gewerbesteuer in jetziger Form ist keine verlässliche Einnahmequelle mehr für die Kommunen. Die Einnahmen sind unregelmäßig und kaum planbar. Daher fordern wir die Abschaffung der Gewerbesteuer und Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer und Einführung kommunaler Hebesatzrechte bei Einkommen- und Körperschaftssteuer.
5. Der Dschungel von Mischfinanzierungen ist zu lichten. Bund und Land müssen aufhören die Kommunen an den 'goldenen Zügel' zu nehmen und so für bundes- oder landespolitisch gewollte Projekte einzuspannen.
6. Des Weiteren fordert die Junge Union NRW die Stärkung des Ehrenamtes und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Gerade in finanziell schlechten Zeiten ist dieses unverzichtbar und wird in vielen Städten und Gemeinden schon durch das große Engagement der Bürger initiiert.

## **Sicherheitspolitik**

Die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten stellen eine neue Dimension der Bedrohung dar und zeigen, dass innere und äußere Sicherheit eng miteinander verbunden sind.

Vor diesem Hintergrund ist eine Strukturreform der Bundeswehr mit moderner Ausstattung, Finanzierungs- und Planungssicherheit unerlässlich. Die Streitkräfte müssen in der Lage sein, die politisch vorgegebenen Aufgaben auch tatsächlich zu erfüllen. Bei der rot-grünen Bundesregierung klaffen jedoch Anspruch und Wirklichkeit ihrer Sicherheitspolitik weit auseinander. Seit 1999 ist der Verteidigungshaushalt konstant zusammengekürzt worden. Im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung der CDU-geführten Bundesregierung werden dem Verteidigungsetat bis zum Jahr 2003 ca. 10 Mrd. € entzogen. Gleichzeitig stellt das Verteidigungsministerium einen ebenso hohen Betrag bei dringend erforderlichen

Investitionen fest. Bereits jetzt ist die Bundeswehr nicht in vollem Maße einsatz- und bündnisfähig. Dies wird Deutschland als bevölkerungsreichstem und wirtschaftskräftigstem Staat in Europa mit zunehmender internationaler Verantwortung nicht gerecht. Deshalb fordert die JU NRW:

1. Die akut gefährdete Bündnisfähigkeit Deutschlands und der Bundeswehr muss dauerhaft sichergestellt werden. Deutschland muss in der Lage sein, seinen politischen und militärischen Verpflichtungen in NATO, EU und UN nachzukommen.
2. Der Verteidigungsetat darf nicht weiter gekürzt werden, damit Europa wirkungsvoller auf internationale Krisen reagieren kann. Für die erforderliche Modernisierung und die Investition in neues Gerät braucht die Bundeswehr eine Anschubfinanzierung von zusätzlich mindestens 1 Mrd. €
3. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) muss weiter ausgebaut werden. Die Bundeswehr muss strukturell in die Lage versetzt werden, an Einsätzen mit internationalem Mandat teilzunehmen und diese auch zu führen.

## **Verkehrspolitik**

Deutschland braucht eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur. Ein gut funktionierendes Verkehrssystem ist der Motor einer positiven Wirtschaftsentwicklung. Das schafft und sichert Wohlstand und Arbeitsplätze. Statt einer ideologischen Politik zu Lasten der Autofahrer brauchen wir ein Konzept, wie Straße, Schiene, Luft und Wasserstraße ihre eigenen Stärken optimal nutzen und kombinieren können.

Die Ergebnisse der drei roten Verkehrsminister seit 1998 (Müntefering, Klimmt und Bodewig) sind beschämend. Statt eines schlüssigen Konzepts zur Finanzierung des Verkehrs verkauft Rot-grün Sonderprogramme und Schaufensterpolitik. Statt Netz und Betrieb bei der Bahn endlich sauber zu trennen, knicken Kanzler Schröder und Minister Bodeweg vor Bahnchef Mehdorn ein. Statt einer ehrlichen Neuregelung bei der Lkw-Maut will Hans Eichel einen Großteil der Einnahmen lieber für rot-grüne Steckenpferde einsetzen. Deshalb fordert die Junge Union NRW:

1. Wir lehnen den Metrorapid ab und fordern eine *echte* Transrapid-Verbindung für NRW. Dazu bietet sich eine Transrapid-Strecke zwischen den Ballungsräumen Rhein/Ruhr und Randstad (Amsterdam/Rotterdam/Den Haag) in den Niederlanden an. Durch eine solche Verbindung würden zwei Ballungsräume mit jeweils 8 bis 10 Millionen Einwohnern mit einander verknüpft. Die Junge Union fordert, die Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit einer solchen Transrapid-Strecke durch eine Machbarkeitsstudie zu prüfen.
2. Der Bundesverkehrswegeplan ist schnellstmöglich fortzuschreiben, statt von einem 'Sonderflick-Programm' zum nächsten zu stolpern.
3. Die LKW-Maut ist verkehrsbezogen zu verwenden. Ziel muss eine Stärkung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraßen sein.
4. Dynamische Verkehrsleitsysteme können dem täglichen Verkehrskollaps in unseren Ballungsgebieten entgegenwirken und bei der Vernetzung verschiedener Verkehrsmittel helfen. Sie sollten daher zügig und flächendeckend realisiert werden.
5. Bestehende Autobahnlücken sind umgehend zu schließen, damit der Verkehr vernünftig fließen kann. Die Wirtschaft kann nur wachsen, wenn die Infrastruktur entsprechend mitwächst. Hier ist in der Vergangenheit ein krasses Defizit entstanden, der Verkehr auf den Straßen nimmt zu und die Infrastruktur wird nicht im gleichen Umfang erweitert, vielmehr treten bereits bei dem Erhalt der bestehenden Strukturen erhebliche Probleme auf, dies hemmt die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nachhaltig.“
6. Die Ökosteuer darf nicht weiter erhöht werden. Längerfristig ist sie schrittweise abzuschaffen.

## Landwirtschaft und Naturschutz

Die Verabschiedung des neuen Bundesnaturschutzgesetzes ist ein Schlag gegen die deutsche Landwirtschaft. 10 % der Bundesfläche sollen unter Naturschutz gestellt werden. Dieser Naturschutz mit der Schablone wird der Entwicklungsfähigkeit des ländlichen Raums schweren Schaden zufügen, denn hier müssen die Unterschutzstellungen umgesetzt werden. Der erfolgreiche Vertragsnaturschutz wird geschwächt. Mit der Änderung der Kriterien für die 'gute fachliche Praxis' werden Land- und Forstwirte unnötig eingeschränkt und mit erheblichen Kosten belastet. Diese Pfleger unserer Kulturlandschaft werden in ihrer Existenz bedroht. Damit wird konsequent die ideologische Auseinandersetzung mit der BSE-Problematik fortgesetzt, die heute ein Höfesterben der gerade für den ländlichen Raum so wichtigen kleinen Familienbetriebe zur Folge hat. Heute wird eine einseitige Förderpolitik zugunsten der Öko-Betriebe vorangetrieben, die zu einer existenzbedrohenden Belastung der deutschen Landwirte im europäischen Wettbewerb wird. Die Bundesregierung setzt auf Konfrontation mit der Landwirtschaft. Dagegen fordert die Junge Union:

1. Eine gleichmäßige Förderung herkömmlicher und sogenannter Ökologischer Landwirtschaft.
2. Ökologische, ökonomische und soziale Belange sind gleichrangig im Naturschutz zu berücksichtigen. Nur so kann die Akzeptanz von Umweltschutz in der Bevölkerung aufrecht erhalten werden.
3. Das Verbandsklagerecht für die Naturschutzverbände ist zurück zu nehmen.
4. Ökokonten sind einzurichten, um Nutzungskonkurrenzen zu entschärfen; dem Vertragsnaturschutz wird damit ordnungsrechtlichem Handeln der Vorrang gegeben.

## Europapolitik

Heute, 50 Jahre nach den ersten Schritten auf dem Weg zur Europäischen Union, braucht die europäische Einigung wieder neuen Schwung. Dies kann nur gelingen, wenn sich unsere europäischen Partner auf die deutsche Außen- und Europapolitik verlassen können. Dabei hat die rot-grüne Bundesregierung versagt. Statt Kontinuität zu gewährleisten und visionäre Initiativen ins Leben zu rufen, hat sie zugelassen, dass nicht nur die deutsch-französischen Beziehungen auf einem Tiefstand angekommen sind.

Die fortschreitende Globalisierung und die sicherheitspolitischen Gefahren stellen neue Herausforderungen dar, die von den Europäern nur gemeinsam in einem vereinten und handlungsfähigen Europa gelöst werden können. Deshalb sind Europa und Nation für uns auch kein Gegensatz. Um dauerhaft erfolgreich zu sein, muss die Wertegemeinschaft der Europäischen Union auch die Länder Mittel- und Osteuropas umfassen.

Doch schon vor der Erweiterung um zwölf oder mehr Länder ist die EU an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit angelangt. Der Entscheidungsprozess ist für viele Bürger kaum durchschaubar. Die Undurchsichtigkeit der Prozesse wird durch unverantwortliches Handeln des Bundeskanzlers beim Stabilitätspakt für den Euro (Stichwort: Blauer Brief) noch gefördert, wenn einmal getroffene Vereinbarungen derart hintertrieben werden. Daher fordert die Junge Union NRW:

1. Ein Europäischer Verfassungsvertrag muss das Fundament des europäischen Einigungswerkes bilden und dessen Legitimation deutlich machen. Die EU braucht dabei mehr Effizienz, Transparenz und demokratische Legitimität, um institutionell und politisch zügig entscheiden und handeln zu können. Hierbei ist darauf zu achten, dass bestimmte Sanktionsmechanismen (Vertragsstrafen, Verwarnungen u. ä.), die bislang politische Entscheidungen erfordern, automatisiert und somit der politischen Verhandlungsmasse



entzogen werden. Nur so lassen sich Versuche politischer Einflussnahme künftig verhindern.

2. Durch die Aufnahme der Europäischen Grundrechtecharta in den Verfassungsvertrag müssen die Rechte der Bürger besser geschützt werden.
3. Die Kompetenzaufteilung ist nach dem Grundsatz der Subsidiarität zu präzisieren.
4. Der Ministerrat und das Europäische Parlament müssen sich zu zwei gleichberechtigten Kammern der europäischen Gesetzgebung weiterentwickeln. Die Europäische Kommission muss die exekutiven Aufgaben bündeln und der Gesetzgebung - und damit den Vertretern der Staaten und Bürger - gegenüber verantwortlich sein.
5. Unsere europäische Wertegemeinschaft muss von allen Beitrittskandidaten der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL-Staaten) anerkannt werden. Dieser Wertegemeinschaft kann nur angehören, wer Vertreibung nach dem von Deutschland im Zweiten Weltkrieg angerichteten Verbrechen nicht als legitimes Mittel der Neuordnung Europas ansieht. Wir fordern die Abschaffung der entsprechenden Benes-Dekrete in der tschechischen Republik.

## **Entwicklungshilfepolitik**

Entwicklungshilfepolitik ist Anstrengung für Frieden und Sicherheit auf dieser Welt. Dabei muss die Hilfe zur Selbsthilfe im Mittelpunkt stehen. Statt auf vereinzelte Entschuldungsinitiativen muss die deutsche Bundesregierung ihr Augenmerk auf internationale Strategien zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen legen: Von der Aids-Hilfe über Bildung bis zur Wasserversorgung. Das finanzielle Ausbluten des Entwicklungshilfehaushalts bei Rot-Grün hat interessengerechte Schwerpunktsetzung verhindert. Die Forderung zur Einhaltung der Menschenrechte ist bei der jetzigen Bundesregierung in den Hintergrund getreten. Beim China-Besuch des Bundeskanzlers wurde dieses Thema beispielsweise nicht einmal mehr gestreift.

Daher fordert die Junge Union NRW:

1. Der Entwicklungshilfehaushalt muss, wie von den Vereinten Nationen gefordert, von jetzt 0,3% auf 0,7% aufgestockt werden.
2. Das große Potential der wirtschaftlichen Globalisierung muss genutzt werden, indem Public-Private-Partnerships gefördert werden und Nichtregierungsorganisationen (NGO's) eingebunden werden. Der nachhaltige globale Ressourcen- und Umweltschutz muss damit gekoppelt werden.

*Beschlossen auf dem 32. NRW-Tag der Jungen Union, 4. Mai 2002, Bergisch Gladbach  
Kontakt: info@ju-nrw.de*